

Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei anbiete, ist einfach. Wir fordern eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass der demokratische Staat neu definiert werden muss, in dem die Völker, Kulturen und bürgerlichen Rechte geachtet werden. Auf Grundlage dieser Rechte muss den Kurden eine demokratische Organisation möglich sein, die den Raum für kulturelle, sprachliche, wirtschaftliche und ökologische Entfaltung bietet. Auf dieser Basis können sich Kurden, Türken und andere Kulturen unter dem Dach einer ‚Demokratischen Nation Türkei‘ versammeln. Dies ist jedoch nur möglich, wenn ihr ein demokratischer Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und eine fortschrittliche, multi-

Krieg und Frieden in Kurdistan

Abdullah Öcalan



Internationale Initiative

Abdullah Öcalan:
Krieg und Frieden in Kurdistan –
Perspektiven für eine politische Lösung in Kurdistan
1. Auflage 2008
© Abdullah Öcalan, 2008

Übersetzung: Internationale Initiative

Herausgeber:
Internationale Initiative
„Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“
Postfach 100511
50445 Köln
www.freedom-for-ocalan.com

Krieg und Frieden in Kurdistan

Perspektiven für eine politische Lösung in Kurdistan

Abdullah Öcalan

Inhalt

Vorwort	7
Etymologische Bedeutung der Begriffe ,Kurde‘ und ,Kurdistan‘	9
Kurdisches Siedlungsgebiet und kurdische Sprache	10
Kurzer Abriss der kurdischen Geschichte	11
Verteilungskämpfe, Krieg und Staatsterror in Kurdistan	14
Der europäische Kolonialismus und das kurdische Dilemma	17
Ideologische Grundlage kolonialer Unterdrückung und Machtpolitik in Kurdistan	19
Verleugnung und Selbstverleugnung	20
Assimilation	21
Religion und Nationalismus	22
Bürgerlicher Nationalismus	23
Kurdische Selbstfindung und kurdischer Widerstand	26
Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	28
Kurzer Abriss der Entstehungsgeschichte der PKK	28
Zentrale Kritikpunkte	31
Neue strategische, philosophische und politische Ansätze der kurdischen Befreiungsbewegung	33
Aktuelle Situation und Lösungsvorschläge	40

Vorwort

Zahlreiche Konflikte beherrschen den Alltag im Mittleren Osten. Oftmals werden diese in der westlichen Welt mit Befremden aufgenommen, da sie sich augenscheinlich dem klassischen westlichen Verständnis von Ratio und Logos entziehen. So auch die kurdische Frage. Sie gehört zu den komplexesten und blutigsten Konfliktfeldern des Mittleren Ostens. Immer noch harrt sie ihrer Lösung. Solange nicht alle Dimensionen dieses Konfliktes gleichermaßen thematisiert werden, wird dieser auch in Zukunft weiter bestehen bzw. sich noch weiter verschärfen, was wiederum zu neuen weitreichenden Problemen führt. Die historische, wirtschaftliche und politische Dimension der kurdischen Frage übersteigt bei Weitem die des arabisch-israelischen Konflikts, der im Gegensatz zur kurdischen Frage im Fokus internationaler Aufmerksamkeit steht. Das begrenzte Wissen über diesen Konflikt, der sich sowohl in demografischer als auch geostrategischer Hinsicht in einer der zentralsten Regionen des Mittleren Ostens abspielt, führt oftmals zu einseitigen und oberflächlichen Analysen dieses vielschichtigen Problems.

Da sich das Siedlungsgebiet der Kurden auf die heutigen Territorien der Araber, Perser und Türken erstreckt, hat die kurdische Frage schon allein aufgrund dieses Umstandes einen regionsübergreifenden Charakter. Eine Lösung in einem Teil Kurdistans hat Auswirkungen auch auf andere Teile Kurdistans und benachbarte Länder. Umgekehrt kann sich die destruktive Haltung von Akteuren in einem Land negativ auf die Lösung der kurdischen Fra-

ge in einem der anderen Länder auswirken. So ist die schroffe Landschaft Kurdistans für den bewaffneten Kampf wie geschaffen, mit dem sich die Kurden seit jeher den Kolonisations- und Unterwerfungsbestrebungen fremder Mächte erwehren. Widerstand ist zu einem Bestandteil ihrer Lebenskultur geworden.

Am Anfang eines jeden Lösungsprozesses steht die Anerkennung und Definition der Ursachen eines Konfliktes. Im Hinblick auf die kurdische Frage kommt einer realistischen Definition des kurdischen Phänomens deshalb eine wichtige Bedeutung zu. Doch schon hier besteht weitgehend Uneinigkeit. Die Araber bezeichnen die Kurden als „Araber aus dem Yemen“, die Türken hingegen als „Bergtürken“ und die Perser sehen die Kurden sogar als ihr „Ebenbild“. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass ihre politische Haltung in der kurdischen Frage durch solche Definitionen bestimmt ist.

Die kurdische Frage ist nicht von allein entstanden. Sie ist das Produkt eines langen historischen Prozesses. Sie hat nicht viel mit vergleichbaren Fragen in anderen Erdteilen gemein, sondern unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Eigenheiten grundlegend. Notwendig für eine Lösung sind sowohl die Feststellung von Gemeinsamkeiten als auch die Definition der Unterschiede. Eine Politik, die allein auf augenscheinliche Gemeinsamkeiten aufbaut, führt zu schier unlösbaren Problemen. Für eine lösungsorientierte Politik ist jedoch die realistische Analyse des Phänomens eine grundlegende Voraussetzung, die sowohl die nationalen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe als auch alle am Konflikt beteiligten Seiten gleichermaßen einbeziehen muss. Die Anerkennung der Existenz des kurdischen Phänomens ist hierfür unabdingbar. Ohne die Kenntnis seiner geschichtlichen Hintergründe ist dies jedoch nicht möglich.

Etymologische Bedeutung der Begriffe ‚Kurde‘ und ‚Kurdistan‘

Der Begriff ‚Kurdistan‘ geht auf das sumerische Wort „Kur“ zurück, das vor mehr als 5.000 Jahren soviel wie ‚Berg‘ bedeutete. Die Endung ‚ti‘ kennzeichnete die Zugehörigkeit. Das Wort ‚Kurti‘ bedeutete soviel wie ‚Bergvolk‘ oder „Bergmenschen“. Die Luwier, ein vor 3.000 Jahren im Westen Anatoliens beheimatetes Volk, bezeichneten Kurdistan als ‚Gondwana‘, was in ihrer Sprache ‚Land der Dörfer‘ bedeutete. ‚Gond‘ ist im Kurdischen auch heute noch der geläufige Begriff für ‚Dorf‘. In Zeiten assyrischer Herrschaft wurden die Kurden als ‚Nairi‘ bezeichnet, was soviel wie ‚Volk am Fluss‘ bedeutete.

Im Mittelalter, unter der Herrschaft der arabischen Sultanate, wurden die kurdischen Gebiete als ‚Beled-Ekrat‘ bezeichnet. Die Persisch sprechenden Sultane der Seldschuken waren die ersten staatlichen Herrscher, die das Wort ‚Kurdistan‘, was soviel wie ‚Land der Kurden‘ bedeutet, im damaligen offiziellen Sprachgebrauch benutzten. Auch die osmanischen Sultane bezeichneten das Siedlungsgebiet der Kurden als Kurdistan. Bis in die 1920er Jahre war dieser Begriff gebräuchlich. Nach 1925 wurde die Existenz der Kurden vor allem in der Türkei verleugnet.

Kurdisches Siedlungsgebiet und kurdische Sprache

Dennoch ist ihre Existenz eine Realität. Kurdistan ist ein 450.000 km² umfassendes geografisches Gebiet, das von den Siedlungsgebieten der Perser, Aserbaidshaner, Araber und anatolischer Türken umgeben ist. Das Gebiet ist eine der gebirgigsten, wald- und wasserreichsten Regionen des Mittleren Ostens, die von zahlreichen fruchtbaren Ebenen durchzogen wird. Seit Jahrtausenden wird dort Viehzucht- und Ackerbau betrieben. Die neolithische Revolution, die mit Sesshaftigkeit, Ackerbau und Viehzucht 11.000 v. Chr. eingeleitet wurde, nahm in diesem Gebiet ihren Anfang. Daher wird die Region auch als Wiege der Zivilisation bezeichnet. Ihrer geostrategischen Lage ist es geschuldet, dass die Kurden bisher als Ethnie ihre Existenz schützen konnten. Andererseits weckte die exponierte Lage des kurdischen Siedlungsgebietes oftmals Begehrlichkeiten äußerer Mächte, die das Land mit Eroberungen und Raubzügen überzogen. Die Einflüsse kurdischer Kultur und Sprache spiegelten sich maßgeblich in der neolithischen Revolution wider, deren Ausgangspunkt in der Region des Zagros- und Taurusgebirge verortet wird. Die kurdische Sprache gehört der indogermanischen Sprachgruppe an.

Kurzer Abriss der kurdischen Geschichte

Mit hoher Wahrscheinlichkeit entwickelten sich Kultur und Sprache der ethnischen Gruppe der Kurden während der vierten Eiszeit (20.000 bis 15.000 v. Chr.). Sie sind eine der ältesten autochthonen Bevölkerungsgruppen in der Region. 6.000 v. Chr. bildeten sich weitere Aufgliederungen heraus. In der Geschichtsschreibung wird die ethnische Gruppe der Kurden erstmals im Zusammenhang mit den Hurritern (3.000 bis 2.000 v. Chr.) erwähnt. So wird angenommen, dass die Vorfahren der Kurden, die Hurriter (2.500 bis 1.500 v. Chr.), die von den Hurritern abstammenden Mitannier (1.500 bis 1.250 v. Chr.), die Nairi (1.200 bis 900 v. Chr.), die Urartäer (900 bis 600 v. Chr.) und die Meder (700 bis 550 v. Chr.) in konföderalen Stammes- und Königsreichverbänden lebten, die rudimentäre Staatsstrukturen aufwiesen. Zu dieser Zeit waren patriarchale Gesellschaftstrukturen nur geringfügig ausgeprägt. Sowohl in den neolithischen Ackerbaugesellschaften als auch in den kurdischen Gesellschaftstrukturen hatte die Frau eine herausragende Stellung inne, welche sich in der neolithischen Revolution manifestierte.

Der Zoroastrismus veränderte in der Zeit von 700 bis 550 v. Chr. das kurdische Denken nachhaltig. Der Zoroastrismus kultivierte eine Lebensanschauung, die von der Feldarbeit geprägt war, in der Frauen und Männer gleichgestellt waren, Tierliebe einen herausragenden Stellenwert hatte und Freiheit ein hohes moralisches Gut darstellte. Die zoroastrische Kultur beeinflusste die östliche und westliche Zivilisation gleichermaßen, da Perser und

Hellenen viele dieser kulturellen Einflüsse übernahmen. Die persische Zivilisation wurde hingegen von den Medern begründet, die als Vorfahren der Kurden gelten. In den Schilderungen des Herodot finden sich zahlreiche Hinweise für die Machtteilung zwischen den beiden ethnischen Gruppen im persischen Reich. Gleiches gilt für das spätere Reich der Sassaniden.

Im klassischen Altertum der östlichen Hemisphäre hinterließ die hellenistische Ära tiefe Spuren. Das Fürstentum Abgar zu Urfa, das Fürstentum Komagene, dessen Zentrum bei Adiyaman-Samsat lag, und das im heutigen Syrien gelegene Königreich Palmyra standen maßgeblich unter hellenischen Einfluss. Anders ausgedrückt entstand dort die erste Synthese von orientalen und okzidental Kultureinflüssen. Diese besondere Form kultureller Begegnung dauerte bis zur römischen Eroberung fort (Palmyra fiel 269 n. Chr. an das Römische Reich), die sich nachhaltig auf die weitere Entwicklung der gesamten Region auswirkte.

Auch das Entstehen des Sassanidenreichs im 3. Jahrhundert n. Chr. beendete nicht den kurdischen Einfluss. Es wird angenommen, dass sich in dieser Zeit (216 bis 651 n. Chr.) die feudalen kurdischen Gesellschaftsstrukturen herausbildeten.

Mit dem Aufkommen des Feudalismus setzte der Zerfall des ethnischen Zusammenhalts ein. Innerhalb der kurdischen Gesellschaft entwickelten sich zunehmend feudal geprägte Bindungen. Dieser Entwicklungsverlauf der feudalen Zivilisation trug viel zur islamischen Revolution bei. Der Islam richtete sich gegen die Sklavenhalterstrukturen und unterzog die ethnischen Bindungen im Rahmen der Verstärkung einem Wandel. Gleichzeitig sorgte er für eine mentale Revolution in den feudalen Gesellschaften, für die er den ideologischen Unterbau lieferte.

Mit dem Niedergang des Sassanidenreichs im 7. Jahrhundert schuf der Islam auch eine kurdische feudale Aristokratie, die unter dem starken Einfluss der Arabisierung stand. Sie wurde zu einer der stärksten sozialen und politischen Gruppierungen ihrer

Zeit. Das kurdische Herrscherhaus der Ayyubiten (1175 bis 1250 n. Chr.) entwickelte sich zu einer der potentesten Dynastien im Mittleren Osten, die auf die Kurden einen großen Einfluss ausübte.

Andererseits pflegten die Kurden eine enge Beziehung zum seldschukischen Sultanat, das 1055 n. Chr. die Herrschaft von den Abbasiden übernahm. Kurdischstämmige Herrscherhäuser, wie die Schaddadiden, Buyiden und Marwaniden (990 – 1090 n. Chr.) entwickelten sich zu feudalen Kleinstaaten. Andere Fürstentümer folgten. Im Osmanischen Reich genoss die Führungsschicht der Kurden weitgehende Autonomie.

Das 19. Jahrhundert hielt für die Kurden tiefe Einschnitte bereit. Im Zuge der sich verschlechternden Beziehungen zu den Osmanen kam es zu kurdischen Aufständen. Englische und französische Missionare trugen das Gedankengut des Separatismus in die armenische und aramäische Kirche, was zu einer chaotischen Situation beitrug. Es kam des Weiteren zu einer merklichen Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den Armeniern, Assyern und Kurden. Dieser unheilvolle Prozess endete 1918 nach dem Ersten Weltkrieg in der weitgehend physischen und kulturellen Vernichtung der Armenier und Aramäer, die Träger einer Jahrtausende alten Kultur waren.

Obwohl die Beziehungen zwischen Kurden und Türken ernsthaft Schaden genommen hatten, kam es gleichzeitig nicht zum Bruch zwischen den Kurden einerseits und den Armeniern und Aramäern andererseits.

Verteilungskämpfe, Krieg und Staatsterror in Kurdistan

Der geostrategischen Lage Kurdistan weckte in der Vergangenheit Begehrlichkeiten, die das Land zum Spielball von Umverteilungskämpfen, Krieg und Staatsterror werden ließ. Das ist heute nicht anders. Dieser Zeitraum begrenzt sich nicht nur auf die vergangenen zweihundert Jahre, sondern reicht weit bis zur frühen Geschichte zurück, in der Kurdistan bereits den Plünderungen und Eroberungen fremder Mächte ausgesetzt war. Das Terrorregime der assyrischen und skythischen Reiche zwischen 1000 bis 1300 v. Chr. und der Eroberungsfeldzug von Alexander dem Großen sind die bekanntesten Beispiele. Der arabischen Eroberung folgte die Islamisierung Kurdistans.

So sehr sich der Islam auch als Friedensreligion begreift, ist er im Grunde immer eine kriegerische Ideologie der arabischen Nation gewesen, die in Kurdistan rasche Verbreitung fand. Der Islam gelangte bis zu den Ausläufern des Taurus- und Zagrosgebirge. Stämme, die sich der Islamisierung widersetzen, wurden ausgelöscht. 1000 n. Chr. war der Islam an seinen Höhepunkt gelangt.

Im 13. und 14. Jahrhundert fielen die Mongolen in Kurdistan ein. Flucht und Vertreibung waren die Folge. Nach der Schlacht von Tschaldiran im Jahre 1514, aus der das Osmanische Reich siegreich hervorging, verschob sich die Ostgrenze des Reiches weiter gegen Osten. Mit dem Vertrag von Qasr-e Schirin im Jahre 1639 wurden die iranischen und türkischen Grenzen offiziell festgelegt und die bis heute fortdauernde Teilung Kurdistans besiegelt. Me-

sopotamien und die Kurden fanden sich größtenteils innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches wieder. Bis 1800 herrschte zwischen den Osmanen und den kurdischen Fürstentümern ein relativer Frieden. Die gemeinsame Grundlage hierfür bot die sunnitische Glaubensrichtung, die im Islam vorherrschend ist. Die widerspenstigen alevitischen und zoroastrischen Kurden sahen sich jedoch zum Widerstand genötigt, aufgrund dessen sie sich in die Berge zurückzogen.

Von 1800 an bis zum Niedergang des Osmanischen Reiches wurde Kurdistan durch zahlreiche Aufstände erschüttert, die meist blutig niedergeschlagen wurden.

Nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches wurde die Teilung Kurdistans weiter zementiert, was die Atmosphäre der Gewalt noch weiter verschärfte. Die aufstrebenden neuen imperialistischen Mächte England und Frankreich zogen die Grenzen im Mittleren Osten neu, wodurch sie Kurdistan der Herrschaft der türkischen Republik, dem iranischen Pfauenthron, der irakischen Monarchie und dem syrisch-französischen Regime überantworteten.

Unter dem Eindruck des Verlustes eines Großteils ihrer früheren Territorien ging die Türkei in Kurdistan zu einer strikten Assimilationspolitik über, mit deren Hilfe der Zusammenhalt der verbliebenen Teile des ehemaligen Osmanischen Reiches erzwungen werden sollte. Alle Anzeichen einer anderen Kultur als der türkischen sollten ausgemerzt werden. Sogar der Gebrauch der kurdischen Sprache wurde verboten.

Das Vorgehen des aufstrebenden iranischen Herrscherhauses der Pehlevi unterschied sich von dem der Türkei nicht im Geringsten. Der Aufstand des kurdischen Stammesführers Simko Schikak aus Urmiye und die Emanzipationsbestrebungen der kurdischen Republik von Mahabad wurden blutig unterdrückt. Der Schah errichtete ein Terrorregime, das ganz dem nationalistisch-faschistischen Geist zu Beginn des 20. Jahrhunderts entsprach.

Im irakischen und syrischen Teil Kurdistans unterdrückten England und Frankreich mithilfe der arabischen Herrscherhäuser die kurdischen Emanzipationsbestrebungen. Auch hier wurde ein blutiges Kolonialregime errichtet.

Der europäische Kolonialismus und das kurdische Dilemma

Angetrieben von geostrategischen Vormachtinteressen und grenzenloser Gier, trug die Interventionspolitik Europas im Mittleren Osten zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend kolonialistische Züge. Oberstes Ziel war die Unterwerfung und Kontrolle des Mittleren Osten. Den früheren Formen der Kolonialisierung, denen die Kurden im Laufe der Geschichte ausgesetzt waren, fügte sich eine neue Form hinzu. Dieses Dilemma hat eine lange Geschichte, die sich bis zu den Sumerern zurückverfolgen lässt. Doch mit dem westlichen Kapitalismus nahm der Kolonialismus ungeahnte Dimensionen an. Für die Kurden bedeutete dies eine weitere Konfrontation mit weiteren kolonialistischen Akteuren, was eine Lösung der kurdischen Frage weiter verkomplizierte.

Im Hinblick auf ihre Interessen erschien es den neuen imperialen Kräften vorteilhafter, die Kooperation mit dem Sultan und der Administration des Reichs zu suchen, um diese an sich zu binden, statt das Osmanische Reich völlig zu zerschlagen, was unabsehbare Folgen mit sich gebracht hätte. Mit diesem Vorgehen sollte die Kontrolle über die Region und die ansässigen Völker erleichtert werden. Diese Methode, die auch als Politik des „Teile und Herrsche“ Eingang in die Geschichtsbücher fand, wurde insbesondere vom britischen Empire angewandt. Auf diese Weise wurde die Herrschaft der Osmanen um weitere hundert Jahre verlängert.

Die Politik Frankreichs und Deutschlands unterschied sich von diesem Vorgehen nicht wesentlich. Ihre Unstimmigkeiten

berührten nicht das Kräftegleichgewicht im Mittleren Osten.

Ein weiterer Fokus imperialer Machtsicherung waren die christlichen Volksgruppen. Einerseits gab der westliche Kolonialismus vor, die anatolischen Griechen, Armenier und Aramäer schützen zu wollen, andererseits brachte er diese gegen die Zentralmacht auf, die mit einem massiven repressiven Vorgehen antwortete. Dem folgenden Vernichtungsfeldzug schauten die westlichen Mächte tatenlos zu. Letztendlich brachte diese Politik die Völker des Mittleren Osten gegeneinander auf.

In diesem Szenario waren die Kurden der Spielball fremder Interessen. In der Vergangenheit kollaborierte die kurdische Aristokratie mit den Herrscherhäusern der Araber und Türken. Nun ließ sie sich für die kolonialistischen Intrigen der neuen fremden Mächte instrumentalisieren. Indem die Engländer die Kurden für eine Zusammenarbeit gewannen, gelang es ihnen, die besorgten türkischen und arabischen Machthaber im Sinne ihrer Interessen an sich zu binden. Andererseits konnten auch das armenische und aramäische Volk weiter an die Kolonialmächte gebunden werden, die ihrerseits von den kurdischen feudalen Kollaborateuren bedrängt wurden. Der türkische Sultan, der persische Schah und die arabischen Herrscher waren jedoch nicht nur Opfer dieser Politik. Sie selbst betrieben ein ähnliches Spiel, mit dem sie ihre Macht sicherten und den kolonialistischen Begehrlichkeiten der Westmächte entgegensteuerten. Die Leidtragenden waren die Völker.

Ideologische Grundlage kolonialer Unterdrückung und Machtpolitik in Kurdistan

Sowohl die Teilung Kurdistans als auch die Herrschaftsformen des arabischen, persischen und türkischen Regimes warfen die Kurden in den jeweiligen Teilen Kurdistans gesellschaftlich zurück. Die heutige gesellschaftliche Rückständigkeit der Kurden, die weitgehend immer noch in feudalen Strukturen verharren, ist ein Produkt dieser Herrschaftsverhältnisse. Der Einzug kapitalistischer Verhältnisse, von denen die Kurden weitgehend ausgeschlossen waren, vergrößerte den Abstand zu den arabischen, türkischen und persischen Hegemonialgesellschaften weiter. Die Machtstrukturen feudaler Herrschaft vermischten sich mit bürgerlich-kapitalistischen Machtstrukturen, durch die sich die Vorherrschaft der eigenen Nation aufrecht erhalten ließ. Auch wenn diese Strukturen vom Imperialismus abhängig waren, vermochten sie eine eigene nationale Ökonomie aufzubauen, die eigene Kultur weiterzuentwickeln und eine Festigung des eigenen Staatsaufbaus zu erreichen. In den Bereichen Wissenschaft und Technik wuchs eine nationale Elite heran. Das Primat der eigenen Sprache wurde den anderen Völkern aufgezwungen, die auf dem eigenen Territorium lebten. Mittels einer nationalistischen Innen- und Außenpolitik wurde eine nationale Führungsschicht geschaffen, die sich als Hegemonialmacht im Widerspruch zu den anderen Volksgruppen begriff. Um den Widerstand der Völker zu brechen, wurde der Ausbau der Polizei- und Militärkräfte forciert. Die Kurden hatten dem nichts entgegenzusetzen, da sie immer noch an den Auswirkungen der imperialistischen Intrigen

schwer zu tragen hatten. Sie sahen sich einem aggressiven Nationalchauvinismus der Staaten gegenüber, die in Kurdistan die Macht ausübten. Die Legitimität dieser Macht wurde mit abenteuerlichen ideologischen Konstrukten begründet.

Verleugnung und Selbstverleugnung

Die Hegemonialmächte sprachen den Kurden ihren ethnischen Bezug ab. Die Existenz einer kurdischen Ethnie wurde schlichtweg abgestritten. In einem solchen Umfeld war es mit großen Risiken verbunden, sich auf seine eigenen kurdischen Wurzeln zu beziehen. Wer dies dennoch offen tat, konnte nicht mit der Unterstützung der eigenen ethnischen Gruppe rechnen. Für viele Kurden bedeutete das Bekenntnis zur eigenen Herkunft und Kultur, aus sämtlichen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen ausgeschlossen zu werden. Dies führte dazu, dass viele Kurden ihren ethnischen Bezug leugneten oder verschwiegen, was systematisch durch die jeweiligen Regime forciert wurde.

Die Leugnung der kurdischen Existenz trieb viele seltsame Blüten. Für die arabischen Regime existierte die kurdische Frage nicht. Für sie war diese mit der Zwangsislamisierung beseitigt worden. Die einzige Nation war der Islam. Und der war ihrer Auffassung nach arabisch.

Die Perser gingen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die Kurden als ethnische Untergruppe der Perser deklarierten, womit ihnen alle Rechte auf „natürliche Weise“ gewährt seien. Kurden, die dennoch ihre Rechte einforderten und an ihrer ethnischen Identität festhielten, wurden als Nestbeschmutzer begriffen und dementsprechend behandelt.

Das türkische Regime leitet hingegen seinen Herrschaftsanspruch über die Kurden aus seinen vermeintlichen Eroberungszügen in Anatolien vor tausend Jahren ab. Andere Völker habe es dort nicht gegeben. Demzufolge sind die Begriffe ‚Kurde‘ und ‚Kurdistan‘ Unwörter, die es nach offizieller Ideologie nicht

gibt bzw. nicht geben darf. Der Gebrauch dieser Begriffe kommt einem „terroristischen Akt“ gleich, der dementsprechend geahndet wird.

Allen ideologischen Konstrukten zum Trotz: Die Kurden sind eine der ältesten autochthonen Volksgruppen der Region.

Assimilation

Oftmals setzen Hegemonialmächte das Instrument der Assimilation ein, wenn diese mit widerspenstigen ethnischen Gruppen konfrontiert sind. Sprache und Kultur sind auch immer Träger eines Widerstandspotenzials, das mittels Assimilation ausgetrocknet werden soll. Das Verbot der eigenen Muttersprache und der Zwang zum Gebrauch der Fremdsprache sind mit die effektivsten Instrumente. Denn wer nicht mehr seine Sprache zu sprechen imstande ist, dem bleiben die Eigenarten der Sprache verborgen, welche von ethnischen, geografischen und kulturellen Faktoren bestimmt sind. Ohne das einende Element der Sprache geht auch das einende Moment des kollektiven Denkens verloren. Ohne diese gemeinsame Grundlage kommt es zum Verlust des kollektiven Bezugs zur eigenen Ethnie, in dessen Folge die Hegemonialsprache und Hegemonialkultur im „eroberten“ sprachlichen und ethnischen Umfeld Fuß fassen können. Der erzwungene Gebrauch der offiziellen Hegemonialsprache lässt die eigene Muttersprache verkümmern, bis diese keine Rolle mehr spielt. Dieser Prozess geht noch schneller vonstatten, wenn die betreffende Sprache keine Schriftsprache ist, wie das Kurdische. Die Strategie der Assimilation beschränkt sich nicht allein auf den Gebrauch der Sprache. Sie kommt in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Bereichen zur Anwendung, in denen der Staat seine Macht ausübt.

Kurdistan war oftmals Schauplatz von kulturellen Assimilationsbestrebungen durch fremde Hegemonialmächte. Die letzten hundert Jahre seiner Geschichte waren jedoch die zerstöre-

rischsten. Der Aufbau moderner nationalstaatlicher Strukturen in den Hegemonialstaaten und die Errichtung eines kolonialen Herrschaftssystems in Kurdistan verschärften die Assimilationsbestrebungen gegenüber der kurdischen Sprache und Kultur. Wie schon Arabisch und Persisch wurde auch Türkisch unter Zwang zur Hegemonialsprache. Während sich die Kurden im frühen und späten Altertum noch ihre Kultur und Sprache bewahren konnten, wurde diese von den drei genannten offiziellen Hegemonialsprachen und Hegemonialkulturen zurückgedrängt, die sich sämtlicher moderner Kommunikationsmittel bedienen konnten. Kurdisches Lied- und Schriftgut wurde verboten, Zuwiderhandlung mit schweren Strafen belegt. Dadurch durchlebte die kurdische Sprache und Kultur, die im Mittelalter noch viele literarische Werke hervorgebracht hatte, eine existenzbedrohende Ausdünnung. Die kurdische Kultur und Sprache wurde zum subversiven Element deklariert. Muttersprachlicher Unterricht war verboten. Die Hegemonialsprachen wurden zur einzigen Ausbildungssprache, in der die Errungenschaften der Moderne gelehrt wurden.

Die türkischen, persischen und arabischen Nationalstaaten verfolgten mit unterschiedlichen repressiven Mitteln – institutionell wie auch gesellschaftlich – eine systematische Politik der Assimilation, die der kurdischen Kultur und Sprache jede Legitimation absprach. Nur die hegemoniale Kultur und Sprache sollte übrig bleiben.

Religion und Nationalismus

Weitere Instrumente hegemonialer Machtsicherung in Kurdistan sind Religion und Nationalismus. In allen Teilen Kurdistans wird der Islam als Staatsreligion der Hegemonialmächte zur Kontrolle der Bevölkerung instrumentalisiert. Mögen sich die jeweiligen Regime noch so sehr zum Säkularismus bekennen, die Verquickung von politischen und religiösen Organen ist offensichtlich.

Während im Iran ein offen theokratisches Regime an der Macht ist, wird die Instrumentalisierung der Religion für politische Interessen in den anderen Hegemonialstaaten verdeckt vollzogen. So beschäftigt die staatliche Religionsbehörde der Türkei Hunderttausende Imame. Vielleicht verfügt selbst der Iran nicht über ein derartiges Heer von religiösen Führern. Die Religionsschulen unterstehen der direkten staatlichen Kontrolle. In den Koranschulen, theologischen Instituten und Fakultäten sind annähernd eine halbe Million Menschen beschäftigt. Der postulierte Säkularismus wird ab absurdum geführt und ist allenfalls ein Placebo.

Dort wo dieses Gedankengut auf die aktive Politik trifft, entstehen chaotische Zustände. In der Regierungszeit der Demokratischen Partei (DP) und Gerechtigkeitspartei (AP) wurde die Politisierung der Religion in offenerer Form betrieben. Im Zuge der Militärputsche vom 12. März 1971 und 12. September 1980 gab sich die Türkei ein modifiziertes ideologisches Gewand, indem sie die Rolle der Religion neu definierte. Dies leitete die Re-Islamisierung der türkischen Republik ein, die im Iran nach der Machtergreifung Chomeinis 1979 in radikalerer Form vonstatten ging. Mit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) gelangten 2003 islamische Ideologen erstmals an die Macht. Dieser Wahlsieg war kein Zufall, sondern das Produkt einer langfristigen Religionspolitik des türkischen Staates.

Bürgerlicher Nationalismus

Ein weiteres ideologisches Instrument der Hegemonialmächte ist der bürgerliche Nationalismus. Diese vor allem im 19. und 20. Jahrhundert bestimmende ideologische Strömung wurde zur offiziellen Staatsideologie der Nationalstaaten, auf deren Grundlage die bürgerlichen Klassen gegen die kollektiven Interessen der Werktätigen und der real-sozialistischen Strömungen vorgingen. Der Nationalismus war letztendlich das logische Produkt des Nationalstaates, der Züge einer zeitgenössischen Religion trug.

Der in der Türkei in den 1840er Jahren aufkommende Nationalismus versuchte, den sich abzeichnenden Zerfall des Osmanischen Reiches zu verhindern. Die türkischen Nationalisten der ersten Stunde waren anfänglich legalistisch ausgerichtet. Später wandten sie sich gegen das Sultanat Abdulhamits II. und radikalisierten sich zunehmend. Der Nationalismus der Bewegung der Jungtürken fand im ‚Komitee für Einheit und Fortschritt‘ seinen Ausdruck, das auf eine konstitutionelle Staatsreform hinarbeitete und nach der politischen Macht im Reich strebte. Ein weiteres erklärtes Ziel war die Stärkung des außenpolitisch geschwächten und innenpolitisch vom Zerfall bedrohten Reiches durch systematische politische, militärische und wirtschaftliche Modernisierung. Die Öffnung der deutschen Politik hin zum Mittleren Osten und zu Zentralasien, fügte dem türkischen Nationalismus noch die Komponente des Rassismus hinzu. Der Völkermord an den Armeniern, anatolischen Griechen, Aramäern und an den Kurden war die Folge.

Die junge türkische Republik führte auf der Basis eines aggressiven Nationalismus und einem strengen Verständnis von Nationalstaatlichkeit ein eisernes Regiment. Die Parole „eine Sprache, eine Nation, ein Staat“ wurde zum Glaubensgrundsatz erhoben. Diesem klassenlosen und fraternistischen Nationalstaatsverständnis fehlte es jedoch an Instrumenten zur Umsetzung. Seine Abstraktheit trug die Gefahr des ideologischen Fanatismus in sich. Der Nationalismus verkam zu einem Instrument der Herrschenden, mit dem die eigenen Schwächen kaschiert wurden. Unter dem Banner eines „erhabenen Türkentums“ wurde die Gesellschaft auf einen aggressiven Nationalismus eingeschworen.

Der Krieg in Kurdistan und das staatsterroristische Vorgehen der Türkei schufen einen eigenen Machtblock. Wie auch in anderen Systemen, in denen bestimmte Machtblöcke, gestützt auf ihr militärisches Potenzial, ihre Existenzberechtigung auf den Krieg gründen, wurde die türkische Gesellschaft entsprechend geformt.

Diesem Umstand ist es unter anderem geschuldet, dass dem System die Fähigkeit zur Konfliktlösung abhandengekommen ist. Es entstand ein durch Krieg und Staatsterror geformtes System, in dem nicht mehr klar ist, welche Machtzentren welchen Interessen und Zielen dienen. Dessen katastrophalen Auswirkungen betreffen die türkische und kurdische Gesellschaft gleichermaßen.

Kurdische Selbstfindung und kurdischer Widerstand

Die Selbstfindung der Kurden als Nation und Volk erfolgte relativ spät. Auch wenn in den kurdischen Aufständen des 19. Jahrhunderts ein Bekenntnis zum Kurdentum erkennbar war, ging dieses Bekenntnis nicht über die Opposition zum Sultanat und zur Herrschaft des Schahs hinaus. Es existierten keine Vorstellungen über alternative Lebensformen. Ein Bekenntnis zum Kurdentum implizierte die Errichtung eines eigenen kurdischen Königreiches, das sich am Sultanat des Mittelalters orientierte. Lange waren die Kurden von einer Selbstfindung als Nation und Volk weit entfernt.

Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich im Rahmen intellektueller Diskussionen eine Vorstellung von kurdischer Identität. Diese Strömung ging weitgehend aus der türkischen Linken hervor. Sie hatte jedoch nicht das intellektuelle Potenzial, um die vom Stammeswesen und Scheichtum geprägten Vorstellungen von kurdischer Identität zu überwinden. Sowohl die vom real existierenden Sozialismus beeinflussten kommunistischen Parteien als auch die bürgerlichen und feudalen Parteien waren von einer Definition des Begriffs einer kurdischen Nation respektive dem Begriff eines kurdischen Volkes weit entfernt. Erst die linksgerichtete Studentenbewegung in den 1970er Jahren trug maßgeblich zu einem Bewusstsein über die kurdische Identität bei.

Die Selbstfindung als kurdisches Volk entwickelte sich im Spannungsverhältnis zum türkischen chauvinistischen National-

verständnis einerseits und zum kurdischen Nationalismus feudaler Prägung andererseits. Auf der einen Seite stand die Konfrontation mit der ideologischen Hegemonie des Systems, die oftmals im linksgerichteten Gewand daher kam, auf der anderen Seite die Konfrontation mit der kurdischen Aristokratie, die traditionsgemäß mit dem System paktierte. Die Befreiung aus diesen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Zwängen verlief nicht ohne Komplikationen. Sie erforderte sowohl intellektuelles Potenzial als auch praktische Organisation. Diese führte wiederum geradewegs zum Widerstand.

Seit den frühen 1970er Jahren, als die kurdischen Emanzipationsbestrebungen noch in den Kinderschuhen steckten, sind mehr als fünfunddreißig Jahre vergangen. Diese Zeit brachte nicht nur die kurdische Aufklärung hinsichtlich der eigenen Identität und Ansätze einer Lösung der kurdischen Frage hervor. Vielmehr wurde der Beweis angetreten, dass sich die Emanzipationsbestrebungen des kurdischen Volkes nicht mit Gewalt niederhalten lassen bzw. kein System auf Dauer überleben kann, das mit Gewalt gesellschaftliche Widersprüche zu transformieren sucht. Andererseits haben diese Emanzipationsbestrebungen gezeigt, dass sich kein Volk entwickeln kann, wenn es sich nicht seine gesellschaftliche Würde zurückerobert.

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Kurzer Abriss der Entstehungsgeschichte der PKK

Im April 1973 fand sich eine sechsköpfige Gruppe mit dem Ziel zusammen, eine eigenständige kurdische politische Formation zu gründen. Sie ging davon aus, dass Kurdistan eine klassische Kolonie sei, in der es der Bevölkerung gewaltsam verwehrt ist, die eigenen Geschicke zu lenken. Dies zu ändern war ihr oberstes Ziel. Jene Zusammenkunft kann auch als Geburtsstunde einer neuen kurdischen Bewegung bezeichnet werden.

Über Jahre hinweg gewann diese Gruppierung immer neue Anhänger hinzu, mit deren Hilfe sie ihre Überzeugungen in der ländlichen Bevölkerung Kurdistans verbreitete. Immer öfter kam es zu Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften, bewaffneten Stammesangehörigen der kurdischen Aristokratie und konkurrierenden politischen Gruppen, die gewaltsam gegen die noch junge Bewegung vorgingen.

Am 27. November 1978 gründete sich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in einem kleinen Dorf nahe der Stadt Diyarbakir. An der Gründungsversammlung nahmen zweiundzwanzig führende Mitglieder der Bewegung mit dem Ziel teil, ihr professionellere Strukturen zu geben. In den Städten wäre die noch junge Bewegung untergegangen, weshalb sich die Aktivitäten auf die ländlichen Regionen Kurdistans konzentrierten.

Der türkische Staat reagierte harsch auf die Propagandabemühungen der PKK. Verhaftungen und bewaffnete Auseinandersetzungen waren die Folge, bei denen es auf beiden Seiten zu Ver-

lusten kam. Doch auch in der Türkei spitzte sich die Situation zu. Erste Anzeichen für einen Militärputsch waren schon 1979 erkennbar. Die PKK reagierte und zog ihre Kräfte aus der Türkei zurück. Ein Teil ging in die Berge, ein anderer Teil setzte sich in die Länder des Mittleren Ostens ab. Ein weiterer kleiner Teil verblieb in der Türkei. Mit diesem Schritt sicherte die PKK ihr Überleben. Am 12. September 1980 putschte das türkische Militär und riss die Macht an sich. Viele der in der Türkei verbliebenen PKK-Mitglieder gerieten unter der Militärjunta in Gefangenschaft.

In dieser Situation musste sich die PKK entscheiden, ob sie den Weg zu einer Exilorganisation oder zu einer modernen nationalen Befreiungsbewegung einschlägt. Nach einer kurzen Phase der Reorganisation kehrte der Großteil der PKK-Mitglieder wieder nach Kurdistan zurück, um den bewaffneten Widerstandskampf gegen die faschistische Junta aufzunehmen. Mit den Angriffen vom 15. August 1984 auf militärische Einrichtungen in Eruh und Semdinli wurde die Aufnahme des bewaffneten Widerstandskampfes offiziell proklamiert. Wenn auch mit Fehlern behaftet, wurde dennoch der Schritt zu einer nationalen Befreiungsbewegung vollzogen.

Anfangs versuchte der Staat – Turgut Özal war erst kurz zuvor zum Ministerpräsidenten gewählt worden – den Vorfall herunterzuspielen. In der staatlichen Propaganda wurde die Guerilla als „eine Handvoll von Banditen“ bezeichnet, was viel über die Denkweise der Verantwortlichen in Ankara aussagte. Ein politischer Umgang mit dem Konflikt war nicht erkennbar. Die Auseinandersetzungen wuchsen sich zum Krieg aus, der auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte.

Erst in den 1990er Jahren kam Bewegung in die festgefahrene Situation, als staatlicherseits eine Bereitschaft zur politischen Lösung erkennbar wurde. Äußerungen von Turgut Özal und Süleyman Demirel, dem damaligen Staatspräsidenten, denen zufolge

man sich eine Anerkennung der kurdischen Identität vorstellen könne, weckten Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Konfliktes. Mit ihrem Waffenstillstand von 1993 versuchte die PKK diesen Prozess zu vertiefen. Mit dem plötzlichen Tod von Turgut Özal verlor dieser Prozess einen seiner wichtigsten Protagonisten. Aber auch die Haltung einiger weniger Hardliner in der kurdischen Befreiungsbewegung, die am bewaffneten Kampf festhielten, so wie die komplizierte interne Situation der Führungselite des türkischen Staates, die zerrissen von miteinander konkurrierenden Interessen war, sowie das Verhalten der nordirakischen Kurdenführer Talabani und Barzani trugen nicht zu einer weiteren Vertiefung des eingeschlagenen Friedensprozesses bei. Die bis dahin größte Chance auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage war vertan.

Infolgedessen eskalierte der Konflikt. Die Verluste waren auf beiden Seiten hoch. Doch auch der eskalierende Krieg änderte nichts an der Pattsituation. Die Kriegsjahre zwischen 1994 und 1998 waren verlorene Jahre. Trotz mehrerer einseitiger Waffenstillstände der PKK beharrte der türkische Staat auf einer militärischen Lösung. Auch der Waffenstillstand von 1998 blieb seitens des Staates unbeantwortet. Vielmehr schürte er die militärische Konfrontation, die die Türkei und Syrien an den Rand eines Krieges brachte.

1998 ging ich nach Europa, um in meiner Funktion als PKK-Vorsitzender für eine politische Lösung zu werben. Der weitere Verlauf dieser Odyssee ist bekannt. Nach dem ich völkerrechtswidrig aus Kenia in die Türkei verschleppt wurde, unterstützt von einem staatlich gelenkten Bündnis von Geheimdiensten, schien für Außenstehende alles auf eine weitere Eskalation des Konfliktes hinzudeuten. Doch der Prozess auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali markierte eine politische Kehrtwende im Konflikt, die neue Möglichkeiten für eine politische Lösung bot. Gleichzeitig bedeutete diese Kehrtwende für die PKK eine ideologische

und politische Umorientierung, an der ich schon vor meiner Verschleppung gearbeitet hatte. Eine wahrlich ideologische und politische Zäsur. Was waren also die wirklichen Beweggründe?

Zentrale Kritikpunkte

Zweifellos war meine Verschleppung ein herber Schlag für die PKK. Dennoch war sie nicht der Grund für ihre ideologische und politische Zäsur. Die PKK war als Partei konzipiert gewesen, die, wie auch andere Parteien, einen staatsähnlichen hierarchischen Aufbau hatte. Eine derartige Struktur steht jedoch im dialektischen Widerspruch zu Demokratisierung, Freiheit und Gleichheit. Ein prinzipieller Widerspruch, mit dem sich alle Parteien, egal welcher Weltanschauung, konfrontiert sehen. Obwohl die PKK freiheitliche Anschauungen vertrat, hatte sie sich dennoch nicht von einem hierarchischen Denken befreien können.

Ein anderer Hauptwiderspruch war das Streben der PKK nach institutioneller politischer Macht, das die Partei dementsprechend formte und ausrichtete. Eine an institutioneller Macht orientierte Struktur steht jedoch der Demokratisierung der Gesellschaft entgegen, welche sich die PKK erklärtermaßen auf die Fahnen geschrieben hatte.

Mitglieder einer solchen Partei orientieren sich deshalb weniger an der Gesellschaft als an Autoritäten bzw. streben danach, selbst zu Autoritäten zu werden. Alle drei großen ideologischen Strömungen, die sich emanzipatorische Gesellschaftskonzepte zur Grundlage gemacht hatten, waren mit dem oben genannten Widerspruch konfrontiert.

Sowohl der Realsozialismus als auch die Sozialdemokratie und die nationalen Befreiungsbewegungen, die alle Gesellschaftskonzepte jenseits des Kapitalismus umzusetzen versuchten, konnten sich nicht aus den ideologischen Sachzwängen des kapitalistischen Systems befreien. Sie wurden schon sehr früh zu Stützen des kapitalistischen Systems, indem sie allein nach institutioneller

politischer Macht strebten, anstatt sich auf die Demokratisierung der Gesellschaft zu konzentrieren.

Ein weiterer Hauptwiderspruch war der Stellenwert des Krieges im ideologischen und politischen Denken der PKK. Das Mittel des Krieges wurde als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln begriffen und somit zu einem strategischen Instrument verklärt. Diese Auffassung stand jedoch im eklatanten Widerspruch zur eigenen Auffassung von einer für gesellschaftliche Befreiung streitenden Bewegung. Demnach ist der Einsatz kriegerischer Mittel allenfalls durch eine notgedrungene Selbstverteidigung gerechtfertigt. Alles darüber Hinausgehende widerspricht dem gesellschaftlich emanzipatorischen Ansatz, dem sich die PKK verpflichtet sieht, da sämtliche Unterdrückerregime in der Geschichte auf Krieg aufbauten bzw. sich deren Institutionen und Gesellschaften an der Logik des Krieges entsprechend ausrichteten. So glaubte die PKK, allein mit dem erfolgreichen Einsatz kriegerischer Mittel alle Rechte erstreiten zu können, die dem kurdischen Volk vorenthalten wurden. Eine solche deterministische Auffassung vom Kriege ist weder sozialistisch noch demokratisch, obwohl sich die PKK so verstand. Eine wirklich sozialistische Partei orientiert sich weder an einem staatsähnlichen hierarchischen Aufbau noch strebt sie nach institutioneller politischer Macht, deren Grundlage die Macht- und Interessensicherung mit kriegerischen Mitteln ist.

Die vermeintliche Niederlage der PKK, die der türkische Staat mit meiner Verschleppung in die Türkei verband, gab den endgültigen Anlass, sich kritisch und offen mit den genannten Widersprüchen umfassend auseinanderzusetzen, welche letztendlich ein Weiterkommen der kurdischen Freiheitsbewegung verhinderten. Mit der ideologischen und politischen Zäsur, der sich die PKK unterzog, wurde aus der vermeintlichen Niederlage ein Aufbruch zu neuen Ufern.

Neue strategische, philosophische und politische Ansätze der kurdischen Befreiungsbewegung

Eine umfassende Darstellung der zentralen strategischen, ideologischen, philosophischen und politischen Elemente, die diesem Wandlungsprozess zugrunde liegen, ist in diesem Rahmen nur schwer möglich. Dennoch lassen sie sich unter den folgenden Eckpunkten zusammenfassen:

- Die philosophischen, politischen und ethischen Ansätze, an denen sich die neu ausgerichtete PKK orientiert, finden im Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ ihren adäquaten Ausdruck.
- Die PKK leitet aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht die Gründung eines eigenen kurdischen Nationalstaates ab, sondern sieht in diesem Recht die Grundlage für die Errichtung von Basisdemokratien, ohne neue politische Grenzen anzustreben. Es ist die Aufgabe der PKK, die Gesellschaft Kurdistans von dieser Auffassung zu überzeugen. Gleiches gilt für den Dialog mit den Hegemonialstaaten, die in Kurdistan die Macht ausüben, auf dessen Grundlage die Lösung bestehender Fragen erreicht werden soll.
- Die bestehenden Staaten bedürfen realer demokratischer Reformen, die über reine Lippenbekenntnisse zur Demokratie hinausgehen. Eine umgehende Abschaffung des Staates anzustreben ist unrealistisch, was jedoch nicht bedeutet, seine jetzige Form hinzunehmen. Der klassische Staat mit seinem despotischen Machtgebaren ist inakzeptabel. Die Institution des Staates ist einem demokratischen Wandel zu unterziehen, an dessen Ende ein

schlanker Staat als politische Institution steht, die lediglich Aufgaben zum Schutze der inneren und äußeren Sicherheit und zur Versorgung sozialer Sicherungssysteme wahrnimmt. Ein solches Staatsverständnis hat nichts mehr mit dem autoritären Charakter des klassischen Staates gemein, sondern entspräche dem Charakter einer gesellschaftlichen Autorität.

- Die kurdische Befreiungsbewegung strebt in Kurdistan ein System der demokratischen Selbstorganisation der Gesellschaft mit konföderalem Charakter an. Der demokratische Konföderalismus begreift sich als Koordinationsmodell einer demokratischen Nation, in dessen Rahmen sich u. a. Minderheiten, Religionsgemeinschaften, kulturelle Gruppen und geschlechtsspezifische Gruppierungen bzw. anderweitige gesellschaftliche Gruppen autonom organisieren. Dieses Modell kann auch als Organisationsform demokratischer Nationen und Kulturen bezeichnet werden. Denn der Demokratisierungsprozess in Kurdistan beschränkt sich nicht allein auf formale Fragen, sondern ist vielmehr ein breit gefächertes gesellschaftliches Projekt, das die wirtschaftliche, soziale und politische Souveränität aller gesellschaftlichen Schichten anstrebt, den Aufbau der hierfür erforderlichen Organe und Institutionen fördert und die Schaffung von Instrumenten für eine demokratische Selbstverwaltung und Kontrolle forciert. Dieser permanente Prozess ist langfristiger Natur. Wahlen sind in diesem Zusammenhang nicht das alleinige Mittel. Vielmehr bedarf dieser dynamische politische Prozess der direkten Intervention des Souveräns, d. h. des Volks, in gesellschaftlichen Fragen, also seiner unmittelbaren Einbeziehung in gesellschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse. Dieses Projekt baut auf der kommunalen Selbstverwaltung auf, die sich in Form von Bürgerversammlungen, Kommunen, Gemeinden, Kommunalparlamenten und Volkskongressen organisiert. Nicht staatliche Behörden sind der Träger dieser Selbstverwaltung, sondern die Bürger selbst. Den Perspektiven der föderalen Selbstverwaltung

sind keine Grenzen gesetzt. Sie kann über die Grenzen hinweg fortgesetzt werden, um multinationale demokratische Strukturen zu schaffen. Der demokratische Konföderalismus orientiert sich an flachen Hierarchien, in denen Entscheidungsprozesse und Beschlussfassung aufseiten der Community liegen.

- Das oben beschriebene Modell lässt sich auch als autonome demokratische Selbstverwaltung umschreiben, in dem der Staat nur noch begrenzte Hoheitsrechte ausübt. In einem solchen Modell werden grundlegende Werte wie Freiheit und Gleichheit adäquater als in anderen Verwaltungsmodellen umsetzbar sein. Die Anwendung dieses Modells muss nicht nur auf die Türkei begrenzt bleiben, sondern ist auch auf die anderen Teile Kurdistans und die Staaten der dortigen Hegemonialmächte anwendbar. Gleichzeitig ist dieses Modell geeignet, um föderale Verwaltungsstrukturen für die gesamten kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien, in der Türkei, im Iran und Irak aufzubauen. Somit ist es möglich, konföderale Strukturen zwischen allen Landesteilen Kurdistans aufzubauen, ohne bestehende Grenzen infrage zu stellen bzw. aufzuheben.

- Der Niedergang des Realsozialismus lag auch in dem Machtverständnis der betreffenden Staaten und in ihrem Verhältnis zum Einsatz kriegerischer Mittel sowie in der verkannten gesamtgesellschaftlichen Rolle der Frauenfrage begründet. Insbesondere Frauen und Macht sind einander sehr widersprüchliche Kategorien. Im real existierenden Sozialismus galt die Frauenfrage als eine eher untergeordnete Problematik, die nur im Zuge der Lösung von ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen für lösbar erachtet wurde. Frauen sind jedoch eher als unterdrückte Klasse und Nation respektive unterdrücktes Geschlecht zu begreifen. Solange die Freiheit und Gleichstellung der Frau nicht im historischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet wird, d. h., solange keine entsprechende Theorie entworfen wird, so lange wird sich keine adäquate Praxis umsetzen lassen. Somit

nimmt die Befreiung der Frau eine zentrale strategische Rolle im demokratischen Freiheitskampf Kurdistans ein.

- Heute ist die Demokratisierung der Politik eine der dringlichsten Aufgaben gesellschaftlicher Artikulation. Für eine demokratische Politik bedarf es jedoch demokratischer Parteien. Solange es keine Parteien und parteinahe Institutionen gibt, die gesellschaftlichen Interessen verpflichtet sind, statt sich zum Erfüllungshelfer des Staates zu machen, wird eine Demokratisierung des politischen Lebens nur schwer möglich sein. In der Türkei sind die Parteien jedoch nichts anderes als Propagandainstrument des Staates und Nutznießer staatlicher Alimentierungen. Ihre Transformation zu Parteien, die sich ausschließlich gesellschaftlichen Interessen verpflichtet sehen, und die Schaffung dementsprechender gesetzlicher Grundlagen wäre ein wichtiger Bestandteil einer politischen Reform. Gründungen von Parteien, die den Begriff Kurdistan in ihren Namen tragen, sind immer noch ein strafbarer Akt. Vom Staat unabhängige Parteien werden in vielerlei Hinsicht in ihrer Arbeit behindert. Kurdistanbezogene Parteien oder Koalitionen sind der Demokratisierung dienlich, solange sie nicht dem Separatismus das Wort reden oder Gewalt anwenden.
- Das weitverbreitete individuelle und institutionelle Untertanentum, welches eines der größten Hindernisse für die Demokratisierung darstellt, wird nur mit der Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in allen Teilen der Gesellschaft überwunden werden können. Die Bereitschaft zum aktiven Engagement der Bürger ist strukturell zu fördern. Das bedeutet für die Kurden, eigene demokratische Strukturen in allen Landesteilen Kurdistans aufzubauen bzw. dort, wo kurdische Communities leben, welche die aktive Partizipation am politischen gesellschaftlichen Geschehen fördern. Dabei müssen auch die in Kurdistan lebenden Minderheiten einbezogen werden. Die Entwicklung basisdemokratischer Strukturen und eines basisdemokratischen Akti-

onsverständnisses hat dabei oberste Priorität. Die Verbindlichkeit basisdemokratischer Strukturen hat auch unter Bedingungen zu gelten, die rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zuwiderlaufen, wie dies im gesamten Mittleren Osten der Fall ist.

- Die Politik bedarf der Existenz unabhängiger Medien. Ohne unabhängige Medien wird der Staat keine Sensibilisierung in Fragen der Demokratie entwickeln. Auch die Demokratisierung der Politik wird ohne sie nicht umsetzbar sein. Das Recht auf freie Information in Kurdistan ist nicht allein ein individuelles, sondern ein kollektives Recht. Eine sprachliche Diskriminierung darf nicht stattfinden.
- Feudale Institutionen wie Stammeswesen, Scheichtum, Aghatum und Sektentum – Relikte des Mittelalters – stellen wie die Institutionen des klassischen Nationalstaates ein Hindernis für die Demokratie dar, weshalb sie mit angemessenen Methoden zu einem demokratischen Wandel bewegt werden müssen. Die Überwindung dieser parasitären Institutionen hat oberste Priorität.
- Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht muss gewährleistet sein. Selbst wenn dieser nicht vom Staat gefördert wird, dürfen die zivilgesellschaftlichen Bemühungen zum Aufbau von Bildungsinstitutionen zwecks Pflege der kurdischen Sprache und Kultur nicht behindert werden. Das Gesundheitswesen muss staatlicherseits und zivilgesellschaftlicherseits gewährleistet sein.
- Ein ökologisches Gesellschaftsmodell ist im Wesentlichen sozialistisch. Nur mit dem Übergang von einer entfremdeten sowie auf Gewaltherrschaft basierenden Klassengesellschaft zu einer sozialistischen Gesellschaft wird die Errichtung eines ökologischen Gleichgewichtes in Natur und Gesellschaft gelingen. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass in einem kapitalistischen System die Umwelt bewahrt werden kann, da dieses System an der Zerstörung der Umwelt den größten Anteil hat. Der Umweltschutz

muss deshalb einen breiten Raum im gesellschaftlichen Wandlungsprozess einnehmen.

- Die Lösung der kurdischen Frage wird im Rahmen einer Demokratisierung der Hegemonialstaaten stattfinden. Konkret bedeutet dies für die Türkei, dass der Staat Aufgaben der sozialen und der allgemeinen Sicherheit übernimmt, während Kurdistan einen Pol der Demokratie bildet. Dieser Prozess erstreckt sich über die Türkei hinaus auf den gesamten Mittleren Osten. Die Freiheit Kurdistans ist mit der Demokratisierung des Mittleren Ostens verknüpft. Ein freies Kurdistan ist somit in erster Linie ein demokratisches Kurdistan.
- Die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit des Individuums ist unantastbar. Kein Land, kein Staat und keine Gesellschaft sind zur Beschneidung dieses Rechts berechtigt, egal welche Gründe hierfür angeführt werden. Denn ohne individuelle Freiheit wird es keine gesellschaftliche Freiheit geben, wie auch die individuelle Freiheit ohne gesellschaftliche Freiheit nicht möglich ist.
- Die gerechte Umverteilung der wirtschaftlichen Reichtümer, die sich derzeit im Besitz des Staates befinden, ist für den Befreiungsprozess der Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Die wirtschaftliche Versorgung darf nicht von Staats wegen als Druckmittel gegen die Gesellschaft eingesetzt werden. Nicht dem Staat gehören die wirtschaftlichen Reichtümer, sondern der Gesellschaft.

Eine volksnahe Wirtschaft sollte deshalb auf Umverteilung und Nutzorientierung beruhen, statt sich ausschließlich an der Anhäufung und am Raub von Mehrwert und Mehrprodukt zu orientieren. Die hiesigen Wirtschaftsstrukturen schaden nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Natur. Einer der Hauptgründe für den gesellschaftlichen Verfall sind die Auswirkungen der hiesigen Finanzwirtschaft. Die künstliche Erzeugung von Bedürfnissen, die immer abenteuerlichere Suche nach neuen Absatzmärkten und die maßlose Gier nach immer gigantischeren

Gewinnen lässt die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wachsen und das Heer derer größer werden, die an der Armutsgrenze leben bzw. vor Hunger sterben. Eine solche Wirtschaftspolitik ist für die Menschheit nicht mehr tragbar. Die größte Aufgabe sozialistischer Politik liegt deshalb in der Umsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik, die sich nicht ausschließlich am Gewinn, sondern an der gerechten Umverteilung der Reichtümer und Befriedigung von natürlichen Bedürfnissen orientiert.

- Obwohl in Kurdistan der Institution der Familie ein hoher Wert beigemessen wird, ist diese ein Hort von Unfreiheit. Fehlende finanzielle Möglichkeiten, mangelnde Bildung und mangelhafte Gesundheitsversorgung lassen nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten zu. Die Lage der Frauen und Kinder ist katastrophal. Die sogenannten „Ehrenmorde“ an weiblichen Familienmitgliedern sind ein symbolischer Ausdruck dieser Misere. An ihnen entladen sich die Folgen eines archaischen Ehrbegriffs, der die Degeneration der gesamten Gesellschaft widerspiegelt. Die männliche Frustration über die bestehenden Verhältnisse richtet sich gegen die vermeintlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft: die Frauen. Die Familie befindet sich als gesellschaftliche Institution in der Krise. Eine Lösung ist allenfalls im Rahmen einer gesellschaftlichen Demokratisierung denkbar.

Aktuelle Situation und Lösungsvorschläge

Den türkisch-kurdischen Beziehungen in der Türkei kommt in Hinblick einer Lösung der kurdischen Frage eine Schlüsselrolle zu. Das Potenzial der Kurden im Irak, im Iran und in Syrien für eine Lösung ist nur begrenzt und kann allenfalls eine unterstützende Wirkung hinsichtlich einer Gesamtlösung entfalten. Die kurdische Frage im Irak ist hierfür das beste Beispiel. Das semi-staatliche Gebilde der kurdischen Autonomiebehörde im Irak ist ein indirektes Ergebnis der weltweiten Bemühungen der türkischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Verbündeten, die PKK als ein „terroristische Organisation“ zu brandmarken. Ohne die Zustimmung der türkischen Republik wäre eine solche „Lösung“ nicht möglich gewesen. Es liegt auf der Hand, dass damit ein Chaos verbunden und unabsehbarem Ausgang geschaffen wurde. Auch ist nicht absehbar, wohin sich die feudal-bürgerlich ausgerichtete kurdische Autonomiebehörde im Irak langfristig entwickeln wird und welche Auswirkungen das auf den Iran, für Syrien und für die Türkei haben wird. Dabei besteht die Gefahr einer regionalen Ausweitung des Konflikts, dessen Konstellationen der des palästinensisch-israelischen Konfliktes nahekommen könnten. Ein Aufflammen des kurdischen Nationalismus würde den persischen, arabischen und türkischen Nationalismus noch weiter radikalieren, was eine Lösung der Probleme weiter erschwert.

Dem muss ein Lösungsmodell gegenübergestellt werden, das frei von nationalistischen Begehren ist und die bestehenden Lan-

desgrenzen anerkennt, im Gegenzug aber den Status der Kurden in den jeweiligen Verfassungen gesetzlich regelt, auf deren Grundlage ihre kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte garantiert werden. Ein solches Lösungsmodell entspräche am ehesten den historischen und gesellschaftlichen Realitäten der Region.

So gesehen ist ein Frieden mit den Kurden unausweichlich. Es ist undenkbar, dass der derzeitige Krieg bzw. dass zukünftige Kriege etwas anderes als Pyrrhussiege hervorbringen können. Daher muss dieser Krieg, der schon zu lange andauert, endlich beendet werden. Es liegt im Interesse aller Staaten der Region, dem Vorbild vieler zeitgenössischer Staaten zu folgen und entsprechende Schritte einzuleiten.

Die Kurden fordern lediglich Respekt vor ihrer Existenz, Freiheit für ihre Kultur und ein vollständig demokratisches System. Eine humanere und bescheidenere Lösung ist nicht denkbar. Die Lösungsmodelle in Südafrika, Palästina-Israel, England-Wales, Nordirland, Schottland und Korsika zeigen nicht nur, wie verschiedene moderne Staaten ähnliche Probleme in ihrer Geschichte gehandhabt und gelöst haben. Darüber hinaus helfen uns Vergleiche mit den dortigen Erfahrungen, die eigenen Probleme objektiver zu betrachten.

Die Abkehr von der Gewalt als Mittel zur Lösung der kurdischen Frage und die teilweise Überwindung der repressiven Politik der Verleugnung hängen eng mit der Aufrechterhaltung einer demokratischen Option zusammen. Das Lehr- und Sendeverbot für die kurdische Sprache und Kultur ist selbst eine Form von Terror und lädt gewissermaßen zur Gegengewalt ein. Gewalt ist von beiden Seiten unkontrolliert und in einem Maße angewandt worden, das die legitime Selbstverteidigung bei Weitem übersteigt.

Viele Bewegungen greifen heute zu noch extremeren Methoden. Wir hingegen haben mehrfach einseitige Waffenstillstände

ausgerufen und den Großteil unserer Kräfte für mehrere Jahre auf Territorien außerhalb der Türkei zurückgezogen, wo sie defensiv ausgerichtet stationiert wurden, was den Vorwurf des Terrorismus widerlegt. Unsere langjährigen Friedensbemühungen wurden jedoch stets ignoriert. Keine unserer Initiativen fand Wiederhall. Selbst eine Gruppe von kurdischen Politikern, die wir als Botschafter des Friedens entsandt hatten, wurde verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Unsere Friedensbemühungen wurden uns stets, fälschlicher Weise, als Schwäche ausgelegt. Anders sind die Aussagen wie die PKK und Öcalan seien so gut wie am Ende oder solche Initiativen seien nur taktischer Natur nicht zu erklären. Es bräuchte nur noch ein härteres Vorgehen gegen die PKK, so der Tenor dieser Aussagen, dann werde sie zerfallen. Dementsprechend wurde vorgegangen, die Angriffe auf die kurdische Befreiungsbewegung wurden verstärkt. Niemand fragt sich jedoch, warum der gewünschte Erfolg ausbleibt. Denn es ist nicht möglich, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen.

Die oben beschriebene Haltung hatte auch großen Anteil am Scheitern des Waffenstillstands, der am 1. Oktober 2006 in Kraft trat. Auch dieser Waffenstillstand, zu dem ich die PKK aufrief, nach dem Intellektuelle und einige Nichtregierungsorganisationen diesen einforderten, wurde nicht ernst genommen. Stattdessen wurde der Rassismus und Chauvinismus in der Gesellschaft weiter geschürt und ein Klima der Konfrontation erzeugt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die AKP von ihren eigenen Problemen mit der kemalistischen Machelite abzulenken versucht, indem sie mit der Armee Kompromisse schließt und auf eine Verschärfung des türkisch-kurdischen Konflikts spekuliert. Die Regierung beschränkt sich derzeit auf halbherzige Maßnahmen, um der EU Zugeständnisse abzurufen. Mit den im Zuge des EU-Beitrittsprozesses verabschiedeten Harmonisierungsgesetzen soll Zeit gewonnen werden. In der Praxis bleiben die vermeintlichen Reformen reine Makulatur.

Der sich weiter verschärfende Konflikt gibt Anlass zur Sorge. Dennoch habe ich die Hoffnung auf einen gerechten Frieden nicht verloren. Ein Friedensprozess ist jederzeit möglich.

Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei anbiere, ist einfach. Wir fordern eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass der demokratische Staat neu definiert werden muss, in dem die Völker, Kulturen und bürgerlichen Rechte geachtet werden. Auf Grundlage dieser Rechte muss den Kurden eine demokratische Organisation möglich sein, die den Raum für kulturelle, sprachliche, wirtschaftliche und ökologische Entfaltung bietet. Auf dieser Basis können sich Kurden, Türken und andere Kulturen unter dem Dach einer ‚Demokratischen Nation Türkei‘ versammeln. Dies ist jedoch nur möglich, wenn ihr ein demokratischer Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und eine fortschrittliche, multikulturelle Rechtsordnung zugrunde liegt.

Für unser Verständnis einer demokratischen Nation stellen Flaggen und Grenzen kein Problem dar. Unsere Auffassung von einer demokratischen Nation beinhaltet das Modell einer Nation, die auf der Demokratie aufbaut, statt einer Nation, die sich allein über den Staat und eine Ethnie definiert. Die Nation Türkei muss als Nation definiert werden, die alle ethnischen Gruppen umfasst. Gemeint ist damit ein Nationenmodell, das nicht auf einen türkisch-ethnischen Bezug, auch nicht auf Religion oder Rasse, sondern auf den Menschenrechten beruht. Wir gehen vom Begriff einer demokratischen Nation aus, der alle Ethnien und Kulturen umfasst.

Vor diesem Hintergrund formuliere ich nochmals die Eckpunkte einer Lösung:

- Die kurdische Frage muss als grundlegende Frage der Demokratisierung behandelt werden, die kurdische Identität muss gesetzlich und verfassungsmäßig garantiert werden. Ein Artikel in der neuen Verfassung mit dem Wortlaut „Die Verfassung der türkischen Republik erkennt die Existenz und den Ausdruck aller Kulturen auf demokratische Weise an“ würde diese Forderung bereits erfüllen.
- Sprachliche und kulturelle Rechte müssen gesetzlichen Schutz erhalten. Es darf keine Beschränkungen für Radio, Fernsehen und Presse geben. Kurdische und anderssprachige Sendungen sollten denselben Regeln und Institutionen unterliegen wie türkische Radio- und Fernsehsendungen. Auch für kulturelle Aktivitäten müssen die gleichen Gesetze und Prozeduren gelten.
- Kurdisch sollte als Unterrichtsprache in Grundschulen Verwendung finden. Jeder, der dies möchte, sollte sein Kind auf solchen Schulen einschulen können. Auf Gymnasien sollten Unterrichtseinheiten über kurdische Kultur, Sprache und Literatur als Wahlfach angeboten werden. An Universitäten hingegen muss der Aufbau von Instituten für kurdische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte gestattet werden.
- Die Meinungs- und Organisationsfreiheit darf in keiner Form eingeschränkt werden. Eine freie politische Betätigung muss gewährleistet sein und darf nicht staatlicher Reglementierung unterliegen. Auch bei Themen, die die kurdische Frage betreffen, müssen diese Freiheiten ohne Einschränkungen gelten.
- Die Parteien- und Wahlgesetze müssen einer demokratischen Reform unterzogen werden. Die Partizipation des kurdischen Volks und aller demokratischen Kräfte an der demokratischen Willensbildung muss gewährleistet sein.

- Ein demokratisches Kommunalverwaltungsgesetz muss verabschiedet werden, das die Demokratie stärkt.
- Das Dorfschützersystem und die illegalen Netzwerke, die sich im Staat gebildet haben, müssen aufgelöst werden.
- Die Rückkehr der im Krieg gewaltsam vertriebenen Bevölkerung darf nicht behindert werden. Hierfür sind die notwendigen administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zu treffen. Daneben muss ein Aufbauprogramm für die wirtschaftliche Entwicklung auf den Weg gebracht werden, um der kurdischen Bevölkerung ein Auskommen zu sichern und ihr Lebenshaltungsniveau zu verbessern.
- Die Verabschiedung eines Gesetzes für den gesellschaftlichen Frieden und für eine demokratische Partizipation ist nötig, um den Mitgliedern der Guerilla, den Inhaftierten und allen, die ins Exil gehen mussten, ohne Vorbedingungen die Teilnahme am demokratischen, politischen Leben zu ermöglichen.

Darüber hinaus müssen wir über sofortige Maßnahmen auf dem Weg zu einer Lösung sprechen. Ein demokratischer Aktionsplan muss formuliert und auf den Weg gebracht werden. Die Einrichtung von Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen ist für den gesellschaftlichen Ausgleich von zentraler Bedeutung. Die Fehler beider Seiten müssen offen und die Wahrheit herausgefunden werden. Nur so lässt sich eine gesellschaftliche Verständigung erreichen.

In Momenten, wo Staaten und Organisationen nicht weiterkommen, können Intellektuelle eine Mittlerrolle übernehmen. Vergleichbare Erfahrungen gibt es auch in anderen Ländern wie in Südafrika, Nordirland und Sierra Leone. Sie können eine Schiedsfunktion übernehmen, mit deren Hilfe sich beide Seiten zu einem gerechten Frieden bewegen lassen. In solchen Kommissionen können Intellektuelle, Experten von Anwalts- und Ärztekammern und Wissenschaftler vertreten sein. Wenn wir eines Ta-

ges zum Punkt der Waffenniederlegung gelangen, werden wir die Waffen nur einer solchen Kommission übergeben. Voraussetzung ist jedoch, dass eine solche Kommission für Gerechtigkeit sorgt. Denn warum sollten wir die Waffen abgeben, wenn es keine Gerechtigkeit gibt? Der Beginn eines solchen Prozesses hängt auch vom guten Willen und vom Dialog ab. Sollte es einen Dialog geben, können wir einen Prozess einleiten, der dem vorherigen unbefristeten Waffenstillstand ähnlich ist.

In diesem Zusammenhang bin ich weiterhin bereit, das Meinige zu tun. Die Regierung steht dagegen vor der Aufgabe, ihren Willen zum Frieden unter Beweis zu stellen und die Initiative zu ergreifen. Sollte sie nicht das Ihrige tun, wird sie allein für die Konsequenzen verantwortlich zu machen sein.

Sollten die Bemühungen um eine friedliche Lösung scheitern und die Friedensbemühungen der Tagespolitik, den Machtkämpfen und dem Profitstreben geopfert werden, wird sich der jetzige Konflikt weiter verschärfen, dessen Ausgang nicht mehr absehbar ist. In dem daraus erwachsenden Chaos wird es keine Gewinner geben.

Die Türkei muss endlich die Fähigkeit aufbringen, ihre eigene Realität, die kurdische Realität und die globalen Dynamiken anzuerkennen. Jeder Staat, der sich der Realität verweigert, wird unweigerlich in eine existenzielle Krise geraten. Entscheidend ist letztlich, ob die Schritte unternommen werden, die dieses Land erfolgreich in einen dauerhaften Frieden führen.

Abdullah Öcalan
Einpersonengefängnis Imrali

